

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Am letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Abonnementspreis pro Quartal 12 Stk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pf.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Grösste Abonnentenzahl in der Stadt Eltville und Umgebung.

„ Grösste Abonnentenzahl „
aller Rheingauer Blätter.

Druck und Verlag von Adam Ederle in Oestrich.
Fornspacher No. 88.

70. Jahrgang

Dienstag, den 18. März 1919

№ 33

Amtlicher Teil.

Betrifft: Fleischversorgung.

Bekanntlich ist nicht nur der Rheingaukreis, sondern der ganze Reg.-Bez. Wiesbaden nicht in der Lage, sich selbst mit Fleisch zu versorgen; der Bezirk ist also auf die Zuschüsse fremder Viehhandelsverbände angewiesen. Wie bereits vor einigen Tagen in den Tageszeitungen bekannt gegeben wurde, erhält die Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden die erforderlichen Zuschüsse an Schlachtvieh aus Süddeutschland. Infolgeder in Süddeutschland herrschenden Unruhen sind die Zufuhren an Schlachtvieh äußerst gering, teilweise sogar ganz unterblieben. Der hierdurch entstehende Mangel soll nun einigermaßen durch Zuteilung von Gefrierfleisch ausgeglichen werden. Die zur Verfügung stehenden Gefrierfleischmengen sind aber nur beschränkt. Es muß daher mit der Notwendigkeit einer starken Herabsetzung der Wochenkopfmenge gerechnet werden, falls es nicht gelingt, die in Süddeutschland herrschenden Unruhen baldigst beizulegen.

Rüdesheim a. Rh., den 10. März 1919.

Der Arelsauschuß des Rheingaukreises.

§ 8. 128. Nach Mitteilung des Herrn Franz Kreisverwalters können Zeitungen, welche in dem von der französischen X. Armee besetzten Gebiet mit Zustimmung der Besatzungsbehörde erscheinen, nach dem nicht besetzten Gebiet befördert werden.

Wübbenheim a. Rh., den 12. März 1919.

Der Landrat.
v. B.: Wiebe

Nach den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle über die Kartoffelerzeugung im Wirtschaftsjahr 1918/19 vom 2. September 1918 (B. I 2 d) gelten außer dem Gelde der Kartoffelerzeuger nur diejenigen ihrer Arbeiter als Selbstverfolger, die als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen haben. Um die Zuwanderung von Arbeitern aus das Land zu fördern, hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts angeordnet, daß darüber hinaus in Zukunft allen Arbeitern, die in landwirtschaftlichen Selbstverfolgungsbetrieben Arbeit nehmen, für die Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses die Selbstverfolgerration zu gewähren ist.

Wöhring a. Rh., den 10. März 1919.

Der Kreisabschnitt des Rheingautreiffen.

Betr.: Vorlage der Zu- und Abgangslisten.

Die Magistrate — Herr Bürgermeister — des Abgangskreises werden ersucht, die Zu- und Abgangslisten nebst Abgangsbelegen und Zusammenstellungen für das 4. Vierteljahr 1918 fertiggestellt bis zum 20. ds. Mts. vorzulegen.

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, falls nur eine Zu- oder Abgangsliste A vorliegt, die Vorlage einer Zusammenstellung nicht erforderlich ist. In diesem Falle ist fol-

Daß im Vierteljahr 1918 nicht mehr und nicht weniger als Einkommensteuer

weniger als $\frac{1}{2}$ Einkommensteuer
..... $\frac{1}{2}$ Ergänzungssteuer
in Zugang (Abgang) nachzuweisen waren, wird hierdurch bescheinigt
den 1919.

Der Gemeindevorstand.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungskommission des Rheingaufkreises
J. B. Schulte.

Schluß und Anfang.

Am selben Tage, an dem die deutsche Nationalversammlung ihre erste Tagung in Weimar beendete, begann in Berlin die erste Sitzung der preussischen Landesversammlung. Beide Ereignisse stehen zu einander in ursächlichem Verhältnis. Durch den vorläufigen Esluß der Beratungen der Nationalversammlung soll deren Mitgliedern, soweit sie auch der preussischen Landesversammlung angehören, die Teilnahme an den Beratungen in Berlin ermöglicht werden. Es wird sich nun zeigen, ob die Reichshauptstadt, nachdem die Stürme des parlamentarischen Revolutionsversuches vorübergebraust sind, einen so gekühlten Boden bildet, daß auf ihm ruhige Verhandlungen des Parlamentes sicher sind. Sollte sich diese Möglichkeit herausstellen, so würde das vielleicht den Anstoß geben, die Nationalversammlung aus dem für den großen Regierungs- und Parlamentsapparat unbenutzen Weimar nach Berlin zurückzuverlegen.

Der Spartakistenaufrühr, der so ziemlich ganz Deutschland überzogen hatte, richtete sich politisch zunächst gegen den Fortbestand der auf Grund der deutschen Volkswahlen gebildeten Volksvertretung und der von

dieser aus der Mehahelssozialdemokratie, der bürgerlichen Demokratie und dem Zentrum gebildeten Regierung Ebert-Scheidemann. Indem er seinen Lebenspunkt in Berlin erreichte, richtete er zugleich seine Front gegen die preußische Landesversammlung, die nach dem ursprünglichen Plan am 5. März zusammentreten sollte. Die erste Sitzung wurde unter dem Druck der Berliner Ereignisse auf den 13. März verschoben. Zu der Zwischenzeit erreichte es der Volkswehrminister Noske mit Hilfe der oßberwilligen, todesmütigen Regierungstruppen, den Berliner Spartakistenaufstand zu Boden zu werfen. Das letzte Spartakisten-Rest Lichtenberg fiel am Tage vor dem Zusammentritt der preußischen Landesversammlung in die Hände der regierungstreuen Truppen, und am Tage des Beginns der parlamentarischen Beratungen in Berlin konnte Reichswehrminister Noske in einer großen Aufklärungs- und Rechtfertigungsrede vor der Nationalversammlung in Weimar das von ihm mit Energie und mit großem Verantwortungsgefühl erzielte Ergebnis mitteilen.

Die Nationalversammlung hat in dem Tagungsabschnitt, der nun hinter ihr liegt, in der Hauptsache ihre Arbeiten auf zwei Punkte gerichtet: Einmal hat sie den Voten geschaffen für eine geordnete, zwar aus der Revolution heraus entstandene, aber nunmehr doch gesetzmäßige Regierung. Sie hat dem Deutschen Reich eine vorläufige Verfassung und einen vorläufigen Präsidenten gegeben und läßt nunmehr durch ihren Ausschuß die endgültige Verfassung vorbereiten. Sie hat dann den Anfang mit der Sozialisierung gemacht, indem sie ein allgemeines Sozialisierungs-gesetz, sowie im Besonderen ein Gesetz über die Rohlenwirtschaft in allen drei Lesungen angenommen hat. Das sind sozialpolitische Ver-luche, deren Zweckmäßigkeit oder deren Abänderungs-bedürfnisse nunmehr die Praxis zu erweisen hat. Die Nationalversammlung hat des weiteren über die Frage des Religionsunterrichts eine äußerst bedeutsame Aus-sprache gehabt, die eine weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten von der bürgerlichen Demokratie über Zen-trum und Deutsche Volkspartei bis zu der deutschnatio-nalen Volkspartei aus Tageslicht gebracht hat. Hier stand, wie im Wahlkampf selbst, das Bürgertum in ge-schlossener Phalanx aufammen.

Man wird freilich nach den bisherigen Leistungen der Rationalversammlung nicht behaupten können, daß sich allzu viele Kräfte gezeigt haben, die über Mittelgut hinausragen. Es sind viele Durchschnittsreden gehalten worden, aber auch nicht mehr als Durchschnittsreden; und vor allem etwas zu viel Reden.

Bilanz des russischen Bolschewismus

Unter diesem Titel erschien dieser Tage im Verlage von Paul Cassirer in Berlin eine Schrift des russischen Sozialisten Dimitri Sawronski, die sich auf Grund authentischen Materials mit dem russischen Völkchervismus auseinandersetzt und angesichts der erneuten Propaganda-thätigkeit der russischen Terroristen besonders Interesse erweckt Sawronski, der sich zur Zimmerbräule und in richtiger Richtung der International: bekennet und seit 16 Jahren in der russischen sozialistischen Bewegung tätig ist, gesteht, daß er sein Buch nicht aus Haß gegen den Völkchervismus, sondern aus tiefer Liebe zum russischen Volk und aus der größten Sorge um das Schicksal des Sozialismus geschrieben habe. Man lese es und frage sich: Ist es Sozialismus, was jetzt in Rußland herrscht? Man sieht es und sagt sich: Das ist weder Sozialismus noch sonst eine menschenheitsbeglückende Idee. Das ist nackter Wahnsinn, den nur ein krankhaft doktrinäres Hirn erfinden, nur ein völlig moralisch und wirtschaftlich gebrochenes Volk erfinden kann. Denn das russische Volk ist, als es den Zarismus mit dem Völkchervismus eintaufchte, aus dem Regen in die Traufe gekommen. Gewiß kam die Fluthe des russischen Volkes dem Völkchervismus entgegen, jener volksthümliche Mangel an Verständnis für den Staat. Ja selbst seine eigene Glasse als ein Ganzes."

Die durch die Revolution bedingte wirtschaftliche Umwälzung schloß Garibaldi in folgenden bezeichnenden Sätzen: „Nachdem die Volksmassen die Macht errungen hatten, hatten sie sofort die Möglichkeit, sich jeder Art von Ausbeutung durch die Kapitalisten zu wehren; wie aber konnten sie mit einem Schlage die ganze industrielle Klasse besitzeln, sie über Bord werfen, wie konnten sie sich ohne Hilfe von außen des ganzen Apparates der kapitalistischen Produktion bemächtigen und ihn in Gang erhalten — sie, die doch nahezu jeglicher Organisation, jeglicher kulturellen Kräfte entbehrten und in ihrer überwältigenden Mehrheit noch Analphabeten waren? So, auch psychologisch waren sie nicht darauf vorbereitet. Die Idee des Sozialismus in ihrer positiven Bedeutung, als planmäßiger Aufbau des Arbeitsstaates war ihnen noch völlig fremd. Sie verstanden sie lediglich als eine Befreiung von allen Lasten des Lebens und schlossen sich nur deshalb den Sozialisten an, weil sie hofften, von ihnen alles, was sie begehrten, sofort zu erhalten. Und gerade auf diese Psychologie war die ganze Taktik der Volkshewissung geschritten, alle ihre Kampfmethoden und ihre gesamte Agitation. Sie suchten in jeder Weise die bestige Ungeduld der Volksmassen, ihren engherzigen Partikularismus und Egoismus für ihre Zwecke nutzbar zu machen.

Sawronsky nennt die Volkswirtschaften „Trümmern und Ruinen“ und meint, daß das schlimmste Schicksal den Volkswirtschaft nicht über hätte missfallen können, als sie sich selbst, indem sie sich im November der Staatsgewalt bemächtigen. Er zieht im 4. Kapitel seiner Schrift die wirtschaftliche Bilanz der Volkswirtschaften der Herrschaft. Er berichtet über das Ergebnis der Aufstellung des russischen Bodens und erzählt, daß es zwar die früheren reichen Dornwälder nicht mehr gibt, dafür aber neue „volkswirtschaftliche Provinzen“. Ueber die Erfolge der Sozialisierung. Auf dem Papier ist alles sozialisiert und alles von dem Geist des Sozialismus durchdrungen, aber leider auch nur auf dem Papier. In Wirklichkeit sieht alles ganz anders aus“ nur wenige Beispiele: In der russischen Gummi-Industrie waren vor einigen Monaten 32 000 Arbeiter beschäftigt, jetzt nur noch 7500. In der ganzen Metallindustrie beanspruchte schon im Sommer 1918 der Lohn der Arbeiter und Angestellten 108 Prozent des Bruttoertrages der Produktion. Die Putilowsche Fabrik erhielt für eine bestimmte Zeit 96 Millionen Rubel Zuschuß, von denen 66 Millionen als Arbeitslohn verbraucht wurden, während der Gesamtwert der Produktion noch nicht die Höhe der Summe von 15 Millionen erreichte! Ein beispielloses System der Korruption hat in Rußland Platz gegriffen, brutal gehen die Volkswirtschaften gegen Streikende vor, enteignen ihnen die Lebensmittel. — Bedenkenswert sind die warnenden Worte, die Sawronsky gegen Ende seiner Schrift den deutschen Arbeitern zusetzt. Werden sie gehört werden?

Die Pariser Konferenz.

Die deutschen Festungen.

Neuters Sonderberichterstatter meldet aus Paris zur Frage der Schleifung der deutschen Grenzbesetzungen, daß der Friedensvertrag nur von den Festungen an der Westgrenze sprechen werde. Die Festungen an der Ostgrenze könnten bestehen bleiben. Zum Theil fielen sie in das Gebiet des neuen Polens und würden zur militärischen Stärkung des neuen Staates beitragen. Die Festungen in Ostpreußen hätten als Bollwerk gegen die bolschewistische Gefahr Wert. Der deutsche Generalstab werde verschwinden. Der Stab des zukünftigen deutschen Heeres von 100 000 Mann werde nur aus dem Oberbefehl und zwei Armeekorpsstäben bestehen.

Deutschlands Schifffahrt.

Das Unterkomitee für Schifffahrt der Kommission für Hafen- und Wasserwege schlägt vor, daß der Rhein für die Schifffahrt aller Nationen ohne Unterschied geöffnet wird und von einer Kommission ähnlich der Donaukommission kontrolliert werde. Bezüglich des Rheins wird die Kommission vorschlagen, daß er zur freien Verfügung für die Handels- und Kriegsschiffe aller Nationen steht. Der Kanal soll weiterhin Deutschlands Eigentum bleiben und von Deutschland in Betrieb gehalten werden. Mit den Befestigungen des Kanals werden sich die militärischen und Marinefachverständigen des Obersten Kriegsrates befassen.

Deutschlands Luftschiffahrt.

Die Kavass aus Paris meldet, beriet der Oberste Kriegsrat über die Bedingungen, die Deutschland für den Lustdienst beim vorläufigen Friedensschluß auferlegt werden sollen. Deutschland wird darnach seine Flugzeuge ausliefern müssen und bis zum Friedensschluß keine neuen Flugzeuge bauen dürfen. Eine Entscheidung darüber, ob die deutschen Flugzeuge vernichtet oder unter die Verbandsmächte verteilt werden sollen, ist noch nicht getroffen. Die englischen und amerikanischen Abgeordneten vertraten die Meinung, daß ein Unterschied zwischen militärischer und Handelsluftfahrt gemacht werden müsse; diese soll nach Friedensschluß unter gewissen Bürgschaften erlaubt sein. Dann wurden sämtliche Fragen der Handelsluftfahrt einem internationalen Ausschuß überwiesen.

Frankreichs Forderungen.

In der französischen Kammer sprach Finanzminister Aloy über die Finanzlage und den Staatshaushalt von 18 Milliarden Franken. Er erinnerte an die Kriegsausgaben von 170 Milliarden, davon 118 Milliarden für Meer und Flotte. Die künftigen Staatsausgaben schätzte er auf das Dreifache derjenigen vor dem Kriege. Für die Einnahmen würden die Deutschen herangezogen werden, ehe man die Steuerpflichtigen belaste. Die Zahlungspflicht Deutschlands werde sehr bald festgestellt werden, da alle Alliierten über den Ersatz der Kriegsschäden einig seien. Vor der ihm obliegenden Wiederherstellung der verwüsteten Provinzen werde der Feind erhebliche Zahlungen leisten und alle denkbaren Bürgschaften dafür stellen müssen. Frankreich sei ein furchtbarer Gläubiger Deutschlands. Es werde seinen Staatshaushalt nach der Zahl der Milliarden einrichten, die es von dort erhalten werde.

Mollmacht der deutschen Friedensdelegierten.

Die deutsche Delegation, die aus den Herren Graf Brodorski, Dr. David, Gesandter Adolf Müller, Max Warburg, Prof. Schudling und Reichspostminister Gieseler besteht, ist, wie verlautet, nicht

nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammengestellt worden, sondern mit Rücksicht auf die bisherige Tätigkeit und Berufszugehörigkeit der Delegierten. Die Delegation hat eine bestimmte Marschroute mitbekommen, die natürlich eine gewisse Bewegungsfreiheit nicht ausschließt. Eine zweite in Berlin tätige Friedensdelegation ist entgegen früheren Meldungen nicht vorgesehen. Es verlautet, daß die deutschen Friedensunterhändler keine unbefristete Vollmacht besitzen. Sie können zwar die Verhandlungen bis zum Abschluß führen; die letzte Entscheidung aber hat sich die Reichsregierung selbst vorbehalten, so daß die Unterschrift erst auf Grund besonderer Beschlüsse des Kabinetts erfolgen kann.

Der Waffenstillstand.

Die Brüsseler Verhandlungen.

Der Berichterstatter des „Amsterdamer Telegraaf“ berichtet aus Brüssel: Am 13. März nachmittags ist die Konferenz zwischen den Alliierten und den deutschen Delegierten im Astoria-Hotel eröffnet worden. Sofort nach Beginn der Sitzung wurden den Deutschen die Bedingungen der Alliierten vorgelegt, und um 4 Uhr zogen die Mitglieder sich zu einer weiteren Beratung in den Kommissariat zurück. Das weitere bis 5 Uhr: Um 7 Uhr abends war wieder eine Vollversammlung. Wie es heißt, wurde vollkommene Übereinstimmung erzielt. Die deutsche Abordnung hat die Bedingungen der Alliierten über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte angenommen. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß Mitteilungen an die Presse gegeben werden, bevor das Ergebnis der Beratungen in Paris und Berlin amtlich eingetroffen ist.

Die Lebensmittelmengen für Deutschland.

* Amsterdam, 18. März. Dem „Telegraaf“ zufolge meldet die „Times“ aus Paris, daß in der ersten Sitzung der Waffenstillstands-Kommission in Brüssel die Alliierten erklären werden, daß sie aus Gründen der Menschlichkeit bereit sind, Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen und Deutschland bis zum 1. September 300 000 Tonnen Rohmaterial für die Brotbereitung und 70 000 Tonnen Rohmaterial Fett monatlich zur Verfügung stellen zu wollen. Die deutsche Handelsflotte muß den Alliierten abgetreten werden, ohne daß damit dem Beschlusse über das künftige Schicksal dieser Schiffe vorgegriffen werde. Die Lebensmittelversorgung werde unter der Kontrolle der Alliierten und der Vereinigten Staaten vor sich gehen. Ein deutscher Delegierter wird an der Kommission teilnehmen.

Die Lebensmittelfrage.

Der britische Lebensmittelverwalter Roberts erklärte in Paris den Pressevertretern, daß im ganzen genommen in der Welt kein Lebensmittelmangel, sondern nur Mangel an dem nötigen Schiffstransport herrsche. Zweifellos sei die Lebensmittellage in ganz Deutschland sehr schlecht. Von den britischen Vertretern aus Deutschland einlaufende Berichte bewiesen, daß das ganze deutsche Volk in einem Zustande lebe, der am Verhungern grenze. Er könne nicht verstehen, wie das deutsche Volk so lange habe aushalten können. Es müßten Schritte getan werden, um die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu erleichtern. Je eher der Friede hergestellt sei, um so eher könnte das Problem endgültig in Angriff genommen werden. Im Zusammenhang mit der Frage der Aufhebung der Blockade sagte Roberts, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß verschiedene europäische Regierungen große Vorräte an Lebensmitteln aufgehäuft hätten. Sie seien ungewiß bezüglich der Zukunft, und solange die Blockade aufrecht erhalten werde, würden sie versuchen, diese Vorräte nicht anzutasten. Er glaube auch, daß in diesen Ländern und sogar in Deutschland von Privatleuten viel gehamstert werde. Wenn die Blockade aufgehoben und der Handel wieder normal werde, müßten diese Vorräte frei werden und mit dazu helfen, die Lage zu erleichtern. Das Los der armen Leute in diesen Ländern sei entscheidend. Weder Deutschland noch die anderen betroffenen Länder hätten Geld, um die Lebensmittel zu bezahlen. Aber es erscheine sicher, daß ausgedehnte Hilfsmaßnahmen getroffen worden sind. Es bestehe kein Grund zu befürchten, daß durch die Versorgung dieser Länder mit Lebensmitteln in England ein Lebensmittelmangel entstehen könne.

Das besetzte Gebiet.

Die die „Internationale Telegraphen-Agentur“ von zuverlässiger Seite erfährt, werden in den nächsten Tagen zur Verrückung der gegenwärtigen sich wahren Lebensmittelnot gewisse Mengen Nahrungsmittel von den Alliierten in das besetzte deutsche Gebiet eingeführt werden. Diese sind in erster Linie nur für in der Heimat verbliebenen Angehörigen bestimmt. Mit einer allgemeinen Erhöhung der jetzigen Rationen ist nicht zu rechnen.

Zur Lage im Reich.

Ein Spartakusangriff.

Von der Garde-Kavallerie-Schützen-division wird mitgeteilt: Ein Transport von Freiwilligen auf dem Wege nach Berlin wurde auf dem Bahnhof Sangerhausen von Zivilpersonen angegriffen. Der Transportführer wurde am Auge geritten und beraubt; er sah selbst später auf dem Bahnhof einen Freiwilligen mit flatternder Kopfbedeckung liegen. Nach Angabe des Transportführers war der ganze Bahnhof von Braunfelsarbeitern besetzt. Da der Transportführer lediglich dem revidierenden Bahnbeamten seinen Transportchein gezeigt hatte, so liegt der Verdacht nahe, daß die Eisenbahnbeamten mit den Spartakisten gemeinsame Sache hätten.

Kleinkrieg.

In den letzten Nächten fanden nur noch kleinere Kämpfe gegen die Spartakisten statt. Am Spittelmarkt und in der Frankfurter Allee wurde geschossen. Eine Streifwache der Abteilung Volkswache in Wilhelmsdorf wurde von der Gasanfall aus von Spartakisten beschossen. Die Patronen gaben Alarmgeschüsse ab, die von den in der Gasanfall verborgenen Schützen mit Maschinengewehrfeuer erwidert wurden. Eine Durchsuchung der Gebäude blieb ergebnislos. Es wurde nur noch beobachtet, wie ein Auto in der Richtung des Hohenzollerndammes davonjagte. Zwei Stunden später wurde die Wache der Volkswache in der Hindenburgstraße von Aufständischen angegriffen. Die Wache verteidigte sich

mit Maschinengewehrfeuer und wies den Angriff ab. An der Koch- und Charlottenstraße wurde ein Soldat durch einen Schuß getötet, der von dem Tache eines der umliegenden Häuser abgegeben worden war. Nach Mitteilungen des Kreiskorps Stills wurde einwandfrei festgestellt, daß die Führung eines Verteidigungsabschnittes der Spartakisten in der Frankfurter Allee in den Händen des Hauptmanns von Beerfelde und des ehemaligen Polizeipräsidenten Eichhorn lag.

Gegen den Spartakus.

Der Telegraphen-Union wird gemeldet: Die Garde-Kavallerie-Schützen-division durchsucht planmäßig die von ihr neu besetzten Stadtteile. Die Hausdurchsuchungen fördern eine große Anzahl von Waffen zu Tage. — In Lichterfelde wurde Julian Borchardt, der Herausgeber der kommunistischen Zeitschrift „Richtstrahl“, festgenommen. Leider haben die Regierungstruppen wieder Verluste zu beklagen. So allein bei einer Abteilung der Schützengarden drei Offiziere und sieben Mann.

Die Lage in Bayern.

Der Zusammentritt des bayerischen Landtags wurde endgültig auf Montag, den 17. März, anberaumt. Die Generalversammlung der Münchener Unabhängigen nahm eine Entschließung an, die grundsätzlich die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus verwirft, die Diktatur des gesamten Proletariats, die Eroberung der politischen Macht durch die Masse fordert und sich gegen die Kompromisspolitik der mehrheitssozialistischen Führer wendet. Die kommunistische Partei wird darin als Bruderorganisation bezeichnet und das Verhalten der unabhängigen Fraktion des Reichstages, die teilweise dem Kompromiß zustimmte, ausdrücklich mißbilligt.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Das Generalkommando in Münster macht bekannt, daß trotz allen Zusicherungen der verantwortlichen Führer, auch trotz wiederholter Aufforderung durch die Verwaltungsbehörden und militärischen Kontrollen die Waffenabgabe im Industriegebiet in den meisten Orten ein ganz ungenügendes Ergebnis gehabt habe. Wenn man die Zahl der abgegebenen Waffen, z. B. in Remscheid 60 Gewehre, in Essen 230 Gewehre, in Gelsenkirchen 50 Gewehre, sich ansehen und bedenke, daß riesige Mengen von Waffen im Industriegebiet vorhanden seien, so müsse man aus der Absicht, die Waffen nicht abzugeben, die Absicht zu neuen Unruhen folgern. Das Generalkommando fordert deshalb nochmals auf, die Waffenabgabe reslos zur Durchführung zu bringen, da es sich sonst zum Einschreiten gezwungen sehe.

Die Regierungstruppen sind von Hamburg zurückgezogen worden.

Mitteldeutschland.

Im mitteldeutschen Braunkohlengruben wird mit ganz wenigen Ausnahmen auf sämtlichen Gruben wieder gearbeitet. Die Belieferung der Großindustrie in Thüringen hat bereits Fortschritte gemacht, so daß mit einer Arbeitsaufnahme in diesen Betrieben zu rechnen ist.

Hannover.

Wegen Lohnforderungen ist die gesamte Belegschaft der hannoverschen Maschinenbau-Akt.-Ges. vorm. Georg Caspary in den Ausstand getreten.

„Freiheit“.

Während des Massenauflandes in Leipzig ist die Pressefreiheit vollständig unterdrückt worden. Mit einem Federzug wurden vom Arbeiter- und Soldatenrat alle Zeitungen mit Ausnahme der Leipziger Volkszeitung verboten; auswärtige Zeitungen wurden nicht nach Leipzig hineingelassen. Jetzt macht die mehrheitssozialdemokratische „Freie Presse“, die etwas überraschende Mitteilung, daß der Pressezerstörer des A.-S.-R. der Asphalteur Hirschmeier gewesen ist.

Oberhessen.

Die Streiklage aus den oberhessischen Gruben hat eine wesentliche Besserung erfahren. Ausständisch sind nur noch zwölf Gruben. Im übrigen herrscht Ruhe.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Im „Reichsanzeiger“ wird die Verordnung über die Familiengüter vom 10. März 1919 veröffentlicht. Die Verordnung bestimmt die Auflösung der Familiengüter. Soweit nicht bis zum 1. April 1921 die Auflösung nach Maßgabe der Bestimmungen im Wege des Familienschlusssverfahrens durchgeführt ist, hat das Staatsministerium die Auflösung in einem Zwangsverfahren anzuordnen. Familiengüter im Sinne der Verordnung sind ständesherliche Hausvermögen, Familienfideikommiss, Leben und Erbvermögen. Sodann trifft die Verordnung Bestimmungen über die Aufhebung durch Familienschluß. Gehört zu dem Familiengut Wald, so ist die Genehmigung zur Aufhebung des Familienguts durch den Justizminister und den Landwirtschaftsminister erforderlich. Im übrigen bedarf der „Familienschluß“ der Aufnahme und der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde. Bei Thronleihen ist außerdem die Genehmigung der Thronlebenskurie erforderlich. Aufsichtsbehörde ist das zuständige Oberverwaltungsgericht, bei Thronleihen die Thronlebenskurie.

Die Bestrebungen zur Angliederung von Bayern an Schwaben an Württemberg nehmen immer größeren Umfang an. Nachdem zuerst von den schwäbischen Städten Memmingen und Dillingen derartige Wünsche geäußert wurden, melden sich jetzt auch Neu-Ulm, Künigsberg und Reutlingen.

Das Demobilisationsministerium ist, wie sich aus seinem Namen und seiner Zweckbestimmung ohne weiteres ergibt, für die Bewältigung vorübergehender Aufgaben im Leben gerufen worden, und sollte von vornherein als besonderes Reichsamt nur während einer begrenzten Anzahl von Monaten bestehen. Die wirtschaftliche Demobilisation im engeren Sinne ist als Sonderaufgabe nimmend so gut wie abgeschlossen. Die Maßnahmen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, die sich an sie anzuschließen haben, müssen künftig nach den Richtlinien durchgeführt werden, die von den beteiligten Reichsministern (Reichswirtschaftsministerium, Reichsarbeitsministerium, Reichsfinanzministerium, Reichsjustizministerium u.) für dauernde Wirtschaft, Sozial- und Finanzpolitik aufgestellt werden. Der Reichsminister für wirtschaftliche Demobilisation, Dr. Kretschmer, hat sich deshalb entschlossen, die Geschäfte

seines Ministeriums auf die genannten anderen Ministerien überzuleiten. Zu einem Teil ist das schon geschehen. Die Liquidation des Demobilisationsministeriums hat also bereits begonnen. Sie wird fortgesetzt und wird in der Weise erfolgen, daß die einzelnen Gruppen des Ministeriums, deren geschäftliche Organisation und Erfahrung auch für die kommenden Aufgaben nicht entbehrt werden kann, den zuständigen anderen Ministerien eingegliedert werden. Wann dieser Ueberleitungsprozeß abgeklungen, das Demobilisationsministerium als solches also aufhören wird zu bestehen, ist zurzeit noch nicht genau vorzubestimmen.

Der ostpreussische Provinziallandtag hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der auf das schärfste Einspruch erhoben wird gegen die Abtretung ostpreussischer Gebiete und die Erwartung ausgesprochen wird, daß Ostpreußen mit seiner 700jährigen deutschen Kultur in seinem bisherigen Umfang beim Deutschen Reich und bei Preußen bleiben werde.

In der preussischen Landesversammlung wurde Abg. Leinert (Soz.) zum Präsidenten und die Abgeordneten Dr. Porich (Ztr.) und Dr. Frenkel (Dem.) zu Vizepräsidenten gewählt.

Die sächsische Volkstammer wählte zum Ministerpräsidenten den bisherigen Minister des Äußeren, Dr. Gradnauer. Fast sämtliche Parteien, außer den Sozialdemokraten gaben ihre Zustimmung, da die Sozialdemokraten eine reine Parteiregierung errichten wollten.

Allerlei Nachrichten.

Der Völkerverbund.

Die „Times“ meldet aus Washington, daß es wahrscheinlich als je sei, daß in der Völkerverbundsfrage ein Vergleich zustande kommen wird.

Wie der „New-York Herald“ meldet, ist Genf als Sitz des Völkerverbundes in Aussicht genommen.

An alle neutralen Nationen Europas, Asiens und Südamerikas ist die Einladung ergangen, Vertreter abzuordnen, welche an einer in Paris am 20. März stattfindenden privaten inoffiziellen Konferenz teilnehmen und dort ihre Absichten über den Völkerverbund darlegen können. Die Einladungen sind von der Friedenskonferenz ergangen.

Der Friedensvertrag.

„New-York World“ schreibt, daß Wilson und die Wortführer der Alliierten in Paris erklären werden, daß der Friede als zustandekommen betrachtet werden soll, sobald die Deutschen den Friedensvertrag unterzeichnet haben werden. Es soll nicht erst die Bestätigung durch den Senat in Washington oder durch die ratifizierenden Körperschaften der Alliierten abgewartet werden. Der Friedensvertrag werde keine Bestimmungen über den Völkerverbund enthalten.

Die schleswigsche Frage.

Im politischen Ausschuss des dänischen Reichstages teilte die Regierung mit, die dänische Reichstagsdelegation in Paris habe getrachtet, daß die Volksabstimmung in Nordschleswig innerhalb der nächsten vier Wochen und die Abstimmung in Mittelschleswig zwei Monate darnach abgehalten werden solle.

Internationaler Seelentongreß.

Nach einem Telegramm aus Paris wurde dort ein internationaler Seelentongreß eröffnet. Beisitzend sind Delegierte der britischen, amerikanischen, französischen, dänischen, norwegischen und schwedischen Seelente-Organisationen. Der Kongreß wird drei Tage dauern und sich mit der Festlegung der Löhne, Zahlung von Schadenersatz an die Familien torpedierter Seelente und dem Schadenersatz für verlorene Tonnage beschäftigen. Außerdem soll die „Internationale zur See“ vorbereitet werden.

Kommunistenkongreß.

Nach einer Meldung der „Sewernaja Kommuna“ eröffnete Lenin den in Moskau tagenden Kommunistenkongreß der Internationale mit einer Rede. Er nahm hierbei gegen die sozialistische Konferenz in Bern Stellung, deren Teilnehmer er als Leichen bezeichnete. Die wirkliche Vertreterin der Proletariermacht sei die dritte Internationale. Der österreichische Sozialist Adler und die französischen Sozialisten Thomas und Renaudel sind von Lenin als „Verräter“ gebrandmarkt worden. Die Rede schloß mit der Aufforderung zu einer energischen internationalen Propaganda.

Finnland.

(*) Das Ergebnis der Landtagswahlen ist jetzt zu überlegen. Darnach erhielten die Sozialisten 86 Mandate, die Agrarier 42, die finnische Fortschrittspartei 24, die finnische Sammlungspartei 28, die schwedische Volkspartei 22 und die christlichen Arbeiter ein Mandat. Bei der Herbstwahl 1917 erhielten die Sozialisten 92, die Agrarier 26, die Jungfinnen 26, die Altfinnen 33 und die Schweden 21 Mandate.

Gegen den Bolschewismus.

Eine letzte Abordnung unter der Führung des Ministerpräsidenten Ullamius ist in Rom eingetroffen, um mit der italienischen Regierung über die Errichtung einer gemeinsamen Front gegen die Bolschewisten zu verhandeln. Die Verhandlungen scheinen einen günstigen Verlauf zu nehmen.

Wilson.

Nach dem „Etoile belge“ wird Präsident Wilson Brüssel vom 25. bis 30. März besuchen.

Bestserum gegen Grippe.

Neue Heilerfolge.

Der Direktor des Pariser Naturgeschichtlichen Museums, Edmond Perrier, hat kürzlich im Namen des Dr. Folley in der Pariser Akademie der Wissenschaften eine sehr interessante Mitteilung über die Behandlung der Grippe mit Bestserum gemacht. Wie man weiß, ist die Grippe in so vielen eigenartigen und von einander verschiedenen Varianten ausgebrochen, daß man an das gleichzeitige Herrschen mehrerer Epidemien glauben konnte. Nach eingehender Beobachtung einer großen Zahl von Grippekranken und nach dem Studium französischer und anderssprachiger diesbezüglicher Werke ist Dr. Folley zu der Überzeugung gekommen, daß es sich trotzdem stets um ein und dieselbe Krankheit handle, deren Wesenheit in jedem Fall die gleiche sei und folgende bezeichnende Symptome aufweise: Verminderung des Blutdrucks, Un-

